

**24.06.94****Beschluß****des Deutschen Bundestages**

---

**Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen  
durch Private  
(Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz - FStrPrivFinG)**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 236. Sitzung am 24. Juni 1994 die beiliegende Beschlußempfehlung des Ausschusses nach Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) – Drucksache 12/7836 – zu dem Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private (Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz – FStrPrivFinG) angenommen.

---

Anrufung des Vermittlungsausschusses: Drs. 417/94 (Beschluß)

Deutscher Bundestag  
12. Wahlperiode

Drucksache 12/7836  
23.06.94

Beschlußempfehlung  
des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes  
(Vermittlungsausschuß)

zu dem

Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private  
(Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz - FStrPrivFinG)

- Drucksachen 12/6884, 12/7555, 12/7867 -

Berichterstatter im Bundestag: Abgeordneter Dr. Peter Struck  
Berichterstatter im Bundesrat: Minister Heinz Schleußer

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 228. Sitzung am 19. Mai 1994 beschlossene Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private (Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz - FStrPrivFinG) wird wie folgt geändert:

Zu § 3 Abs. 3

§ 3 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:

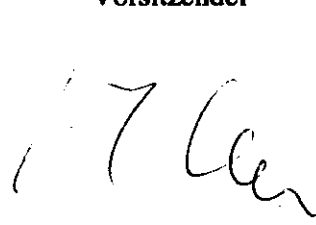
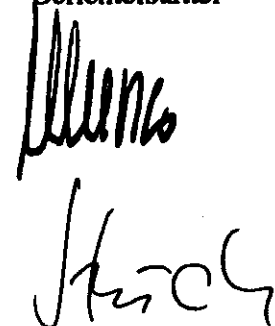
"(3) Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Landesstraßenbaubehörden die Höhe der Mautgebühren und die Straßen oder Bauwerke, für deren Benutzung Mautgebühren erhoben werden, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu bestimmen."

Bonn, den 23. Juni 1994

Der Vermittlungsausschuß

Vorsitzender

Berichterstatter

17.6.94  
  


**08.07.94****Beschluß**  
**des Bundesrates**

---

**Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private (Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz - FStrPrivFinG)**

Der Bundesrat hat in seiner 672. Sitzung am 8. Juli 1994 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 19. Mai 1994 und am 24. Juni 1994 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 80 Abs. 2 und Artikel 85 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.